

Unterstrichen wird dieses Ergebnis der Untersuchung durch eine Aufstellung, wieviel Delegierte der Stadtdelegiertenkonferenz in Leipzig regelmäßig die Presse beziehen: 92,6 Prozent die „Leipziger Volkszeitung“, 57,7 Prozent das „Neue Deutschland“, 43,6 Prozent „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, 70,9 Prozent den „Neuen Weg“ und 51,9 Prozent die „Einheit“. Diese Zahlen sind besonders aufschlußreich, denn als Delegierte wurden überwiegend die besten und aktivsten Genossen gewählt.

Ein ähnliches Bild ergab sich auf der Delegiertenkonferenz des Kreises Eilenburg. Dort waren 74,3 Prozent der Delegierten Bezieher der „Leipziger Volkszeitung“, 35,8 Prozent Bezieher des „Neuen Deutschlands“, 14,9 Prozent lasen die Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, 32,8 Prozent den „Neuen Weg“ und 32,2 Prozent die „Einheit“.

Diese Zahlenbeispiele zeigen, daß die Parteileitungen sich sehr wenig für die Verbreitung der Parteipresse interessieren. Sie ziehen aus dem vorliegenden Zahlenmaterial keine Schlußfolgerungen, um eine bessere Verbreitung der Parteipresse zu erreichen. So ist zum Beispiel in der Stadt Leipzig wenig unternommen worden, um den seit Januar 1953 trotz steigender Mitgliederzahlen festgestellten Rückgang im Bezug der Parteipresse wieder aufzuholen. Es gibt zum Beispiel Betriebsparteiorganisationen, wie im Kirow-Werk und in der Reparaturwerkstatt der Leipziger Verkehrsbetriebe in Heiterblick, die gar nicht wissen, in welchem Umfang von den Mitgliedern und Kandidaten ihrer Betriebsparteiorganisation die „Leipziger Volkszeitung“ und das „Neue Deutschland“ bezogen werden. Nur sporadisch, wie in der Zeit der Werbemonate für die sozialistische Presse, beschäftigen sich die Parteileitungen mit der Pressewerbung, die dann zeitweilig auch mit Erfolgen abschließt.

Die Zahlen über den Bezug des „Notizbuches des Agitators“ (12,9 Prozent in der Stadt Leipzig-Stadt) sind niedriger als die Anzahl der vorhandenen Agitatoren. Das ist doch mit eine Ursache dafür, daß unsere Genossen Agitatoren für ihre Agitationsarbeit nicht immer das nötige Material zur Hand haben, Unklarheiten und feindlichen Argumenten nicht immer wirkungsvoll entgegen treten können. Das geringe Wissen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse in anderen Ländern, über die großen Erfolge der Friedenskräfte in diesen Ländern rührt auch, daher, daß zum Beispiel in Leipzig nur 15,8 Prozent der Mitglieder und Kandidaten die Wochenzeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ lesen.

Die Leipziger Parteiorganisationen haben in ihrer politischen Arbeit gute Erfolge. Um wieviel größer könnten aber diese Erfolge sein, wenn viele Parteimitglieder in ihrer ideologischen Entwicklung schon weiter wären. Das Parteilehrjahr und das Studium der Parteipresse sind doch wichtige Mittel, um das politische Bewußtsein der Parteimitglieder zu heben. Deshalb ist es notwendig, jeden Genossen zum regelmäßigen Studium des Marxismus-Leninismus und der Parteipresse zu erziehen.

Richard Zunkel

Das neue Parteistatut soll uns helfen, die organisatorische Arbeit der Partei auf die Höhe ihrer politischen Aufgaben zu heben. Dazu gehören auch die wesentlichen Änderungen in der Beitragskassierung, die im Entwurf des abgeänderten Statuts enthalten sind. Zunächst sieht der Punkt 68 eine neue Methode der Beitragskassierung vor: „Die Kassierung geschieht durch den Sekretär der Grundorganisation.“ Bis heute kassiert der Parteigruppenorganisator, der jedoch noch nicht überall als der Funktionär angesehen wird, der in seiner Parteigruppe die politische Arbeit leitet. Es gibt sogar noch Grundorganisationen, in denen neben dem Organisator der Parteigruppe noch der Zehnergruppenkassierer existiert und in denen die Genossen die Kassierung der Beiträge erst recht nur als eine technische Angelegenheit betrachten.

Wenn in Zukunft also die Kassierung in die Hand des für die gesamte politische Arbeit verantwortlichen Sekretärs der Grundorganisation übergehen soll, so wird damit unterstrichen, daß die Einstellung zur Beitragskassierung als einer technischen Angelegenheit endgültig überwunden werden soll.

Wie weit jedem Mitglied die Partei am Herzen liegt, das drückt sich auch in seinem Verhalten zur Beitragszahlung aus. Die regelmäßige Zahlung des festgesetzten Beitrages ist bei der überaus großen Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten der SED zu einem festen Bestandteil ihres Parteibewußtseins geworden. Das gibt der Partei die Möglichkeit, die Beitragssätze jetzt erheblich zu senken und das System der Beitragskassierung überhaupt zu verändern. Die monatliche Beitragszahlung soll zu einem Mittel der persönlichen Verbindung zwischen dem Sekretär der Grundorganisation und den Mitgliedern der Grundorganisation gemacht werden. Jeder Genosse erhält die Gelegenheit, mindestens einmal im Monat mit seinem Sekretär persönlich zu sprechen, nämlich dann, wenn er ihm seinen Beitrag bringt. Der Sekretär kommt bei dem Zusammentreffen mit dem Mitglied zu einem Gespräch, das für die Parteierziehungsarbeit von großer Bedeutung ist.

In Betrieben verschiedener Bezirke wurde dieses neue System der Beitragskassierung seit dem 1. Oktober 1953 angewandt. Dort, wo die Einführung gut vorbereitet war, hat es alle beteiligten Genossen befriedigt, hat es zur Hebung der politischen Aktivität der Genossen geführt.

Der Sekretär der Parteiorganisation des VEB Kalichemie, Berlin-Niederschöneweide, berichtet darüber: „Durch die Kassierung ‚verliert‘ der Parteisekretär viel Zeit. Gewiß, eine individuelle Unterhaltung mit den Genossinnen und Genossen erfordert viel Zeit. Diese Zeit ist aber sehr nutzbringend verwendet worden und ist sogar für die gesamte Parteiarbeit zeitsparend. Ich machte die* Feststellung, daß dabei diejenigen, die sich scheuen, in den Versammlungen ein Wort zu sagen, viel aufgeschlossener sind, offen Kritik üben, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit machen und frei über ihre persönlichen Sorgen sprechen. Auch Unterhaltungen über Familienverhältnisse